Nummer 471

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 30 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin NW 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 9 gespaltene Zeile 2,00 Mk. Reklame 6,00 Mk.

Alle besonderen Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversf.-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Reklamen, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Ueberschriften

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone«

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Donnerstag, 16. Oktober 1919

Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Einzelpreis 15 Pf.

Die Streiks in Berlin.

Der Metallarbeiterstreik.

Der Streik der Heizer und Maschinisten beschlossen.

Trotz der Mahnung des Reichsarbeitsministers, der in Stuttgart bereits Verhandlungen mit den dort befindlichen Vertretern der Ortsgruppe Berlin der Heizer und Maschinisten angebahnt hatte, mit übereilten Entschlüssen zu warten, bis er nach Berlin zurückgekehrt sei, hat der Berliner Verband der Heizer und Maschinisten mit Einverständnis der Metallarbeiterstreikleitung seine Drohung wahr gemacht und hat, obwohl im Laufe des Vormittags Verhandlungen im Gang gebracht worden waren, seinen Mitgliedern gestern nachmittag um 3½ Uhr die Mitteilung gemacht, daß der Verband den Streik beschlossen und, daß in allen Betrieben die Arbeit niederzulegen sei. Diese Maßnahme bedeutet eine außerordentlich heftige Verschärfung des Streiks, denn durch den Ausstand der Heizer und Maschinisten werden zahlreiche Zweige der Industrie lahmgelegt, die mit dem Streik an sich nicht das geringste zu tun haben. Der Verband der Heizer und Maschinisten hatte auch beschlossen, die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke mit hineinzuziehen, um so auch den Berliner Verkehr zum Stillstand zu bringen. Diese Absicht ist ihm allerdings nicht gelungen.

Wie wir erfahren, haben sich die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerks dem Streik in ihrer Mehrheit nicht angeschlossen. Es haben in den Elektrizitätswerken Versammlungen der Arbeiter stattgefunden, in denen der Beschluß des Verbandes der Heizer und Maschinisten bekanntgemacht wurde. Ein Teil der Arbeiter folgte der Streikparole und verließ die Werke. Die Mehrzahl blieb jedoch zurück und erklärte, daß sie nach wie vor den Betrieb durchführen wolle. Es wird in der Tat auch möglich sein den für die Stadt notwendigen Strom, der besonders für die Krankenhäuser, Ärzte, Apotheken usw. notwendig ist, weiter zu erzeugen. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß die Industrie mit Kraft nicht in der bisherigen Weise weiter versorgt werden kann. Es sind auch Maßnahmen getroffen, um die Kohlenzufuhren sicher zu stellen, was um so leichter möglich ist, als durch den Streik in der Metallindustrie Reserven an Steinkohlen gemacht werden konnten. Es ist nicht anzunehmen, daß seitens der Arbeitswilligen in den Werken Sabotage verübt werden wird. Ein Eingreifen der Technischen Nothilfe erübrigt sich vorläufig bei den städtischen Elektrizitätswerken. Wie wir ferner hören, ist der Betrieb der Gas- und Wasserwerke nicht gefährdet, da auch dort die Arbeitswilligen in so starker Überzahl sind, daß dem Treiben der Radikalisten ein Riegel vorgeschoben werden konnte. Im engen Zusammenhang mit der Weiterführung der Elektrizitätswerke steht auch das Weiterarbeiten des Berliner Verkehrs. Bekanntlich hatte die Fünfzehner-Kommission des Metallarbeiterverbandes schon vor einiger Zeit versucht, die Verkehrsangestellten in den Streik zu ziehen. Während die Hochbahner rundweg ablehnten, versuchten die radikalen Arbeiterräte unter den Straßenbahnern Propaganda für einen Sympathiestreik zu machen. Da man hierin nicht auf die Gegenliebe der Schaffner und Fahrer stieß, versuchte man einen Proteststreik gegen das Eingreifen der Technischen Nothilfe herbeizuführen. In den Nachtversammlungen zum Mittwoch stellte es sich heraus, daß auch hierfür keine große Neigung vorhanden war. Immerhin erklärte sich ein Teil des Fahrpersonals bereit die Arbeit niederzulegen, falls die Arbeiter der Elektrizitätswerke in den Ausstand treten sollten. Der Verband der Heizer und Maschinisten hat, da sein Vorhaben bei den städtischen Werken gescheitert war, durch unwahre Nachrichten versucht die Straßenbahner zur Einstellung des Verkehrs zu bewegen. An den Hauptschnittpunkten des Verkehrs tauchten in den ersten Nachmittagsstunden Leute auf, welche den Fahrern zuriefen, daß um 4 Uhr der Strom abgeschnitten würde, und daß sie deshalb in die Depots fahren sollten. Da die Unbekannten sich nicht zu legitimieren vermochten, folgten nur sehr wenige Fahrer der Weisung. Diejenigen, die auf den Bahnhof kamen, wurden bald darüber aufgeklärt, daß sie gröblich irregeführt worden seien. Der Straßenbahnverkehr vollzog sich infolgedessen ohne Störungen und auch der Hochbahnverkehr fand in gewohnter Weise statt.

Durch den Streik der Heizer und Maschinisten werden in erster Reihe die Berliner Warenhäuser betroffen, die zumeist eigene Stationen für Licht und Kraft besitzen. Am gestrigen Nachmittag wurde zwar fast überall noch gearbeitet, doch dürfte der Betrieb an den meisten Stellen aufrechterhalten werden können, da genügend technisches Personal vorhanden ist, das die Ausständigen zu ersetzen vermag. Wo das nicht der Fall ist, würde die Technische Nothilfe eingreifen.

Heute Verhandlungen!

Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums finden heute morgen im Gebäude des Reichsarbeitsministeriums Verhandlungen im Metallarbeiterstreik statt, zu denen beide Parteien erschienen werden. Die Verhandlungen werden bis zur Rückkehr des Reichsarbeitsministers durch Geheimrat Hipler geführt werden.

Am Mittwoch nachmittag haben Verhandlungen mit den streikenden Heizern und Maschinisten stattgefunden. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen und der Tragweite, welche der Ausstand der Heizer für das gesamte Wirtschaftsleben Groß-Berlins nach sich ziehen würde, ist den Vertretern der Heizer und Maschinisten nahegelegt worden, die Proklamierung des Streiks rückgängig zu machen.

*

Der Verband der Berliner Metallindustriellen trat am Mittwoch mittags 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu dem nachstehenden Schreiben des Reichsarbeitsministers Stellung zu nehmen, das am Mittwoch morgen aus Stuttgart in Berlin eingetroffen war:

„Den Brief vom 11. d. M. bestätigend, bedauere ich, ihm entnehmen zu müssen, daß der Verband Berliner Metallindustrieller meinen Vorschlag vom 8. d. M. nicht angenommen hat. Der Verband stellt sich auf den Standpunkt als Grundlage die bisher gefällten 19 Teil-Schiedssprüche zu betrachten. Diese Auffassung des Verbandes Berliner Metallindustrieller ist in den Verhandlungen am 1. Oktober bereits in einem Vorschlag eines Vertreters genannten Verbandes zum Ausdruck gekommen. Dieser Vorschlag wurde von der Gegenpartei nicht angenommen, weil die Teil-Schiedssprüche von den Arbeitern nicht anerkannt worden sind. Es besteht auch heute keine Aussicht, diese Teil-Schiedssprüche bei der Arbeiterschaft zur Anerkennung und Verhandlungen unter ihrer Anerkennung zustande zu bringen. Das veranlaßte mich zu meinem Vorschlag vom 8. Oktober. Wenn dieser Vorschlag für den Verband Berliner Metallindustrieller unannehmbar ist, dürften die Verhandlungen damit gescheitert sein. Das ist um so bedauerlicher, als es meiner Ansicht nach außer Zweifel steht, daß diese Haltung des Verbandes Berliner Metallindustrieller seitens der anderen Seite durch Ausdehnung des Kampfes beantwortet und dadurch die Allgemeinheit Groß-Berlins betroffen wird. Aus diesem Grunde hatte ich mich für verpflichtet, nochmals auf diesen Ernst der Lage hinzuweisen und meinen Vorschlag vom 8. Oktober geneigter Berücksichtigung zu empfehlen.

Hochachtungsvoll

gez. Schlicke.

Nach langen Verhandlungen, die sich bis in die späten Abendstunden hinzogen, da die Sitzung infolge anderer Beratungen wiederholt ausgesetzt werden mußte, wurde beschlossen, an den Reichsarbeitsminister in Stuttgart folgendes Schreiben des Verbandes Berliner Metallindustrieller abzusenden:

„Um Besch. des gefl. Schreibens vom 18. d. M. des leide bei uns einzeln, machen wir ergebenst darauf aufmerksam, daß der Herr Minister von einer irrtümlichen Auffassung ausgeht, wenn er glaubt, daß wir die 19 Teil-Schiedssprüche als unabänderliche Grundlage für die weiteren Verhandlungen betrachten. Dies ist nicht der Fall. Wir haben vielmehr in unserem Schreiben vom 11. d. M. erklärt, daß wir Unebenheiten dieser Teil-Schiedssprüche ausgugleichen bereit sind. Danach ist eine Revision der Teil-Schiedssprüche sehr wohl möglich.

Wir glauben, daß diese Erläuterung genügen wird, um den Wiederbeginn der vom Deutschen Metallarbeiterverband abgebrochenen Verhandlungen zu ermöglichen.

Hochachtungsvoll

Verband Berliner Metallindustrieller."

*

W. T. B. meldet:

Wie der Deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, wurde in der gestrigen Sitzung der 15er Kommission und der Gewerkschaftskommission der Streik der Heizer und Maschinisten für kommenden Sonntag beschlossen, da eine Antwort auf das verlängerte Ultimatum von den Metallindustriellen nicht eingegangen war. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Notstandsarbeiten weiter verrichtet werden sollen. Desgleichen werden die Arbeiten in den Gas- und Wasserwerken fortgeführt werden. Auch wird Sorge getragen werden, daß die Lebensmittelversorgung nicht ins Stocken kommt.

Zum Ausstand der städtischen Hilfskräfte.

Verschärfung des Streikes.

Gestern mittag fand im Berliner Rathause eine Besprechung von Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden und der streikenden Hilfskräfte statt. Seitens der Stadt Berlin nahmen daran die Stadträte Dr. Seckt und Dr. Franz teil, vertreten waren noch die Magistrate Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichtenberg und der Gemeindevorstand von Tempelhof. Für die streikenden Hilfskräfte war die erwählte Verhandlungskommission unter Führung des Arbeiterrates Sylt von den städtischen Elektrizitätswerken erschienen.

Über den Verlauf der Verhandlung teilt die Streikleitung folgendes mit:

„Zu sachlichen Verhandlungen ist es nicht gekommen. Die Vertreter der Hilfskräfte präzisierten und begründeten noch einmal eingehend ihre Forderungen und gaben die Erklärung ab, daß die Verhandlungskommission sich der Schwere ihrer Verantwortung wohl bewußt sei und es deshalb nicht an dem guten Willen werde fehlen lassen, zu einer beide Teile befriedigenden Regelung zu kommen. Während der Besprechung erschien im Rathause eine Abordnung der Lichtenberger kaufmännischen und gewerblichen Hilfsangestellten, die der Verhandlungskommission folgende Erklärung überreichen ließ:

„Die Vertreter der sämtlichen gewerblichen und kaufmännischen Hilfskräfte der Stadt Lichtenberg sind beauftragt, der im Augenblick tagenden Verhandlungskommission, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern klar zu machen, daß, falls die Forderungen der kaufmännischen kommunalen Hilfskräfte Groß-Berlins heute nicht bewilligt werden, sofort auf Anordnung der Zentralstreikleitung die Lichtenberger Hilfskräfte die Arbeit niederlegen werden." Unterzeichnet war die Erklärung vom Zentralbetriebsrat der städtischen Betriebe der Stadt Lichtenberg.

Bald darauf erschien eine Abordnung der Angestellten der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, die dem Stadtrat Dr. Franz nachstehende Kundgebung übermittelten:

„Die Vertreter der Angestelltenausschüsse der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke sprechen den Hilfskräften der Stadt Berlin in ihrem schweren wirtschaftlichen Kampfe ihre volle Sympathie aus. Sie erklären sich mit ihnen voll und ganz solidarisch und werden im geeigneten Augenblick auch ihrerseits alles tun, um die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Hilfskräfte zu unterstützen."

Die Magistratsvertreter begnügten sich zunächst damit, die Forderungen der Streikenden anzuhören und zogen sich dann zu einer Besprechung zurück. Zu dieser Besprechung soll, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, insofern ein Gegensatz zwischen den Vertretern Berlins und der Vororte zutage getreten sein, als die letzteren sich auf den Standpunkt stellten, daß, nachdem den Beamten eine Entschuldungssumme gezahlt worden sei, auch den Hilfskräften ein Ausgleich dafür in Form einer Gehaltserhöhung auf der Basis der den städtischen Arbeitern zuerkannten Bezüge zu gewähren sei.

Zu Anschluß an diese Besprechung begaben sich die Vertreter des Berliner Magistrats zum Oberbürgermeister Wermuth, um mit diesem Rücksprache zu nehmen. Sie erklärten dann der Verhandlungskommission, daß sie nicht in der Lage seien, in sachliche Verhandlungen einzutreten und sich darauf beschränken müßten, die Forderungen der Streikenden anzuhören. Sie teilten aber gleichzeitig mit, daß am heutigen Donnerstag morgen die sogenannte große Deputation, die aus Vertretern aller 67 Groß-Berliner Gemeinden besteht, zusammentreten und zu den Forderungen Stellung nehmen werde. Die Vertreter der Hilfskräfte nahmen diese Erklärung zur Kenntnis, wobei die Besprechung beendet war.

Die Verhandlungskommission hat sofort der Zentralstreikleitung über den Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet. Die Zentralstreikleitung vertrat die Anschauung, daß das Nichteingehen des Magistrats auf sachliche Beratungen, obwohl die Verhandlungskommission wiederholt gebeten hatte, möglichst sofort eine Verständigung herbeizuführen, nur eine Verschleppungspolitik bedeute, die sich die Streikenden nicht bieten lassen dürften. Die Zentralstreikleitung hat daher aus dem Verhalten des Magistrats die Folgerungen gezogen und eine Verschärfung des Streiks angeordnet.

Die Forderungen der Streikenden.

Vom Magistrat wird uns mitgeteilt:

Die Vertreter der Magistrate der Groß-Berliner Gemeinden hatten sich am Dienstag bereit erklärt, die durch den Schiedsspruch vom 11. Oktober und den Streik geschaffene Sachlage mit den Vertretern der Hilfskräfte zu erörtern. Eine Sitzung in dieser Angelegenheit hat im Laufe des Mittwoch stattgefunden. Die Forderungen der Hilfskräfte gingen auf eine Lohnregelung, die zur Grundlage nimmt die Bezahlung der einfachen Hilfskraft mit rein technischen Dienstleistungen bei 7-stündiger Arbeitszeit auf 6400 Mark und steigend nach einem Jahr auf 6740 Mark. Auf dieser Grundlage sollten sich die weiteren Lohnklassen aufbauen. Die Hilfskräfte forderten weiter Bezahlung der Streiktage und Ausschluß jeder Maßregelung aus Anlaß des Streiks. Die Vertreter der Magistrate erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, in Verhandlungen über Vergütungssätze einzutreten, die über diejenigen hinausgingen, auf welche das von den Hilfskräften selbst gewählte Schiedsgericht erkannt hat, daß sie aber ihren Magistraten Bericht erstatten werden.

Kleine Nachrichten.

Im Haushaltsausschusse der Preußischen Landesversammlung haben sämtliche Fraktionen einen Antrag betreffend die Regelung der Besoldung der Volksschullehrkräfte eingebracht.

*

Das Todesurteil gegen den Reigardisten Kammerstetter wurde gestern nachmittag um 2½ Uhr in Stadelheim vollstreckt.

*

Wie die Hamburger Mittagsblätter melden, wurde gestern Nacht hier der 23jährige Bankbeamte Georg Kugler wegen Verdachts der Beteiligung am Geiselmord in München verhaftet.

*

Der interimistische Minister für Kunst und Wissenschaft, de Broqueville, teilte in der belgischen Kammer mit, daß die Absicht bestehe, in allen höheren Lehranstalten Belgiens das Englische an Stelle des Deutschen als zweite obligatorische Sprache zu erklären.

*

Die finnische Regierung befaßte sich mit dem Friedensangebot Räterußlands und beschloß, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

*

Laut „Vaterland" meldet die „New-York World" aus London, daß die russischen Bolschewisten führende Iroisten gefangen setzten, da sie mit der Entente sympathisierten.

Rußland.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben sich zum Areopag der Welt konstituiert. Das war zu erwarten, nachdem es eine unglückselige deutsche Politik verstanden hatte, alle übrigen zivilisierten Staaten gegen uns zu vereinigen und damit unsere Niederlage unverneidbar zu machen. Dieses internationale Tribunal mit dem jetzigen Sitz in Paris hat aber keine leichte Arbeit. Die Grundlage, die es sich für seine zukünftige Betätigung in Gestalt des Friedensvertrages mit Deutschland geschaffen hat, erweist sich als eine immer bedenklichere. Ruhe und Ordnung wollen die alliierten und assoziierten Mächte in Europa schaffen. Der mit Deutschland geschlossene Friede und die auf ihm beruhenden neuen staatlichen Gebilde und territorialen Veränderungen werden aber eine derartige Verwirrung mit sich bringen, daß sich die Undurchführbarkeit des Friedens selbst noch schneller erweisen wird, als man ursprünglich anzunehmen berechtigt war. Die Entente hat es aber sehr eilig, wenigstens äußerlich zu geordneten Zuständen in Europa zu gelangen. Das verlangen die angeblich siegreichen Völker von ihren Staatsmännern und das ist auch ein Gebot der Vernunft, da bei den zu fassenden Beschlüssen so viel verschiedene Faktoren mitzuberaten haben, daß eine Einigkeit auf die Dauer um so schwerer zu garantieren ist, als die Interessen mehr und mehr auseinander zu gehen beginnen. Deswegen brennt der Entente das russische Problem jetzt sozusagen auf den Nägeln. Es soll so schnell wie möglich einer Lösung entgegengeführt werden, bei der die Ausschaltung des Bolschewismus Voraussetzung sein muß. Während man aber bisher Deutschland nach seiner Niederlage als eine absolute quantité négligeable hinzustellen bemüht war, merkt man auf einmal, daß dieses 60-Millionen-Volk im Herzen Europas doch nicht mir nichts dir nichts zu umgehen ist, sondern daß wirklich ausschlaggebende Fragen, wie es die Regelung der russischen Zukunft ist, ohne das Deutsche Reich tatsächlich nicht in Bearbeitung genommen werden können.

Als in dem entscheidungsvollen Monat Juni an dieser Stelle mit starkem Nachdruck für die Unterzeichnung des Friedensvertrages eingetreten wurde, ist stets betont worden, daß allein die Annahme des Friedens das Deutsche Reich vor dem staatlichen Untergang, den ein Teil seiner Gegner mit allen Kräften herbeizuführen bemüht war, retten konnte. Und bereits damals wurde hingefügt, daß nach einer Unterzeichnung des Friedens die zukünftige internationale politische Entwicklung nicht allzu ungünstig für Deutschland aussehen werden dürfe, sondern daß dann manche Möglichkeiten und Aussichten eröffnen würden, die sich aus der Unnatürlichkeit und Undurchführbarkeit des ganzen Friedensvertrages und der aus ihm resultierenden Probleme ergeben müßten. Nur wer lebt, wird sehen. Nach diesem Worte müssen wir handeln und haben wir gottseidank damals gehandelt, als es Deutschlands Untergang zu verhüten galt. Jetzt nähern wir uns augenscheinlich schneller, als man erwarten durfte, der Ratifikation des Friedensvertrages. Noch vorher aber bemüht sich die Entente, der russischen Frage mit ihrem gefährlichen bolschewistischen Inhalt auf den Leib zu rücken. Sie will die Sowjet-Regierung, die sich allen Prophezeiungen zum Trotz eines überaus zähen Lebens erfreut, zu Fall bringen und erwartet von der sich dann ergebenden Entwicklung Nützliches für die eigenen Interessen. Da die Entente keine Neigung zu neuen kriegerischen Unternehmungen verspürt, soll die militärische Durchführung des Werkes den Randstaaten und den verschiedenen russischen Generälen und Admirälen überlassen bleiben. Wirtschaftlich aber soll diesen Kondottieren möglichst geholfen werden, daher die beabsichtigte Blockade, daher der Wunsch, dieselbe möglichst effektiv zu gestalten und das Deutsche Reich und die anderen neutralen Staaten für dieselbe zu gewinnen.

Mit deutscher Gründlichkeit wird gegenwärtig die Aufstellung eines festumrissenen Programms für die von uns zu führende auswärtige Politik verlangt. Selbstverständlich wird man sich im großen und ganzen klar sein müssen, was man eigentlich will, und nichts wäre verkehrter, als wenn man in die Wackelpolitik unseligen Angedenkens des früheren deutschen Regierungssystems zurückfallen würde. Die Dinge sind aber in ganz Europa und vor allem in Rußland noch derartig im Fluß, daß sich die deutsche auswärtige Politik eine möglichst freie Hand behalten muß. Ihr Streben muß selbstverständlich die Anbahnung und Herstellung dauernder guter Beziehungen zu dem zukünftigen Rußland sein. Da das bolschewistische Rußland hierfür ausscheidet, haben wir keine Veranlassung, uns seiner irgendwie anzunehmen. Wie werden daher gut daran tun, den sogenannten Randstaaten, soweit es in unserer gegenwärtig schwachen Kraft liegt, freundschaftliches Entgegenkommen zu zeigen. Wobei wir namentlich mit solchen Bestrebungen zu sympathisieren vermögen, welche die Neuschaffung eines großen russischen Staates auf föderalistischer Grundlage zum Ziele haben. Wir können eine solche Politik mit umso größerer Sicherheit führen, da der wiedererstandene Polnische Staat, wenn auch sehr gegen seinen Willen, die sicherste politische Brücke zwischen Deutschland und Rußland bilden wird. Hier wird sich voraussichtlich die Weltgeschichte in einer Weise wiederholen, die den westlichen Mächten reichliche Veranlassung zum Nachdenken über die Richtigkeit der von ihnen bei der Aufstellung des Friedensvertrages eingeschlagenen Politik geben dürfte. Den Wunsch der alliierten und assoziierten Mächte, den Bolschewismus in Rußland zu beseitigen, vermögen wir somit durchaus zu teilen. Denn das ist die Grundlage für eine Wiederherstellung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und den anderen Staaten der Erde, und damit auch mit uns. Eine wirtschaftliche Kriegführung gegen die gesamte Einwohnerschaft des gegenwärtig noch von den Bolschewisten beherrschten russischen Reiches, wie sie die

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Donnerstag, den 16. Oktober.

Opernhaus. 210. Abonnem.-Vorstellung. 6 Uhr: Figaros Hochzeit.

Schauspielhaus. 223. Abonnem.-Vorstellung. 6½ Uhr: Peer Gynt.

Direkt.: Max Reinhardt. **Deutsches Theater.** 7 Uhr: Cymbelin.

Kammerspiele. 8 Uhr: Nju.

Dir.: Victor Barnowsky. **Lessing-Theater.** 7½ Uhr: Christa die Tante.

Deutsches Künstler-Th. 7½ Uhr: Der Blaufuchs.

Dir. Meinhard-Bernauer **Theater i. d. Königgr. Str.** 7½ Uhr: Ein Traumspiel.

Komödienhaus. ½8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater. 7½ Uhr: Dummelfindeien.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Paul Lange und Tora Parsberg.

Residenz-Theater. 7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater. 7 Uhr: Maskerade.

Central-Theater. Kommandantenstr. 57. 7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus. 6 Uhr: Lohengrin.

Eden-Theater. Alte Jakobstr. 30. 7½ Uhr: „U. A. w. g." Stg. 3 U.: Prinzessin vom Kl.

Friedr.-Wilhelmstädt. Th. 7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Helden.

Kleines Schauspielhaus. 7½ u.: Er kann nicht beichten.

Komische Oper. 7½ Uhr: Liebeszauber. Stg. 3½ u.: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus. 7½ Uhr: So ein Mädel.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Sylvi mit Masson und Thielscher. Stg. 3 Uhr: Charleys Tante mit Thielscher.

Neues Operettenhaus. 7½ Uhr: Die Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl. 7½ Uhr: Flachsmann als Erz.

Thalia-Theater. 7½ u.: Jungfer Sonnenschein.

Theater a. Nollendorfpl. 3½ Uhr: Großstadtluft. Abends geschlossen. Morgen z. 1. Mal: Der Vielgeliebte.

Theater des Westens. 7½ Uhr: Die Frau im Hermelin. Stg. 3½ u.: D. Inst. Witwe.

Theater „Die Tribüne". Charl., Berliner Str. 37/38. 7½ Uhr: „Die Wandlung".